

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 7/45.-Jg.

19. Febr. 1932

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-
schluß: Montag. Fernruf: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 6-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Ubereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsort Schkeuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Nun aber Arbeitsbeschaffung!

Von Fritz Tarnow, M. d. R.

Wenn die Abrüstungsdebatten, die jetzt in Genf begonnen haben, sehr schnell zu einem brauchbaren Erfolge führen würden, und wenn auch die Reparations- und Kriegsschuldenfragen bereinigt wären, und wenn dann in einer neuen Atmosphäre des weltpolitischen Vertrauens die vereinten Kapitalmärkte auftauen und schließlich auch die internationalen Handelsbeziehungen wieder im Geiste der Zusammenarbeit hergestellt würden — wenn das alles demnächst hintereinander abrollen würde, dürfte man hoffen, daß auch in unserer Wirtschaft der Umschwung nicht ausbliebe.

Es sind aber zu viele Wenns dabei und ihre Erfüllung ist in absehbarer Zeit gar zu unwahrscheinlich, als daß man sich länger damit begnügen könnte, ausschließlich auf diese Lösung zu starren. Der Einschrumpfungprozeß geht immer noch weiter. Das gewalttätige Köpfen der Masseneinkommen durch die sinnlose Deflationspolitik konnte, wie vorauszusehen, gar kein anderes Ergebnis haben. Dazu kommt nun auch noch die Abdrosselung unseres Exports durch handelspolitische Kriegsmaßnahmen überall in der Welt, wodurch bei uns ein neuer Zugang an Arbeitslosen unvermeidlich eintreten muß.

So ernst diese Aussichten sind, so liegt doch noch lange kein Grund vor, sich einer Weltuntergangsstimmung hinzugeben. Nur ist es allerdings höchste Zeit für die Erkenntnis, daß es mit dem bloßen Abwarten jetzt vorbei sein und daß unverzüglich eine zielbewußte aktive Konjunkturpolitik in Angriff genommen werden muß. Wir können selbstverständlich von Deutschland aus die Weltkrise nicht überwinden, auch ihren Auswirkungen können wir uns nicht entziehen. Wir könnten aber trotz Weltkrise ein weit größeres Wirtschafts- und Verbrauchsvolumen haben, wenn durch eine vernünftige Organisation wenigstens diejenigen Produktionsfaktoren zusammengebracht würden, über die wir selbständig in der Volkswirtschaft verfügen.

Konjunkturpolitik heißt Arbeit beschaffen. Nicht Notstandsarbeiten und Arbeitsdienst, sondern produktive Arbeit. Weil aus der Privatwirtschaft heraus die erforderlichen Arbeitsaufträge nicht anfallen, müssen sie von öffentlichen Stellen systematisch aufgesucht und weitergeleitet werden. Wenn die Privatwirtschaft keine Arbeit findet, heißt das ja nicht, daß keine da wäre. Nichts wäre leichter, als die Verbrauchsgüterindustrien in Bewegung zu setzen, wenn es nur auf einen vorhandenen Bedarf ankäme. Nach den Regeln unseres Wirtschaftssystems — aus den wir von heute auf morgen nicht herauspringen können — muß aber erst einmal die Kaufkraft vergrößert werden, bevor wieder mehr Konsumgüter produziert werden können. Und deswegen muß es mit der Mehrbeschäftigung von Arbeitern den Anfang nehmen.

Nun wäre es nach der vorhandenen Sachlage ein halber Wahnsinn, den ohne dem weit übersetzten Produktionsapparat noch mehr zu vergrößern. Tatsächlich rührt der Mangel an Unternehmungsgeist, der so oft kritisiert wird, auch mit daher, daß es an geeigneten Objekten dafür zu fehlen scheint. Trotz aller Kapitalnot, trotz Kapitalflucht, haben sich heute schon wieder bei den Banken liquide Geldreserven angesammelt, die untätig dort liegen, weil es an geeigneter Nachfrage fehlt. Auch die Reichsbank könnte nach ihren letzten Ausweisen den normalen Handelskredit noch wesentlich ausweiten und es ist ein offenes Geheimnis, daß sie heute nicht so viel Kreditnehmer bekommen kann, wie sie Kredite vergeben möchte. Vielleicht kann auch ein Teil der Auslandskredite, die in Deutschland frei werden, aber auf Grund des erneuerten Stillhalteabkommens in das Ausland nicht abgeführt werden können, für Beschäftigungsmöglichkeiten im Inland verwertet werden.

Daß die vorhandenen Kreditmöglichkeiten nicht ausgenutzt werden, liegt allerdings zu einem Teil auch daran, daß sie nur kurz- oder höchstens mittelfristig zu haben sind, während für Investitionen langfristige gebraucht werden. Eine Reform des Kreditwesens — wofür der vielbesprochene Wagemann-Plan einen gangbaren Weg zu weisen scheint — könnte diese Schwierigkeit sicherlich wesentlich mildern. Zum mindesten für die Ausschöpfung der er-

reichbaren Kredite fehlt es nicht an Betätigungsmöglichkeiten, die auch den privatwirtschaftlichen Ansprüchen an Rentabilität und Sicherheit genügen. Bei der allgemeinen Geschäftsunlust bedarf es aber eines organisierten Druckes, um die Initiative auszulösen. Bei der Reichsbahn liegen bereits umfangreiche Projekte für Elektrifizierungen und für Verstärkung des Oberbaues und der Brücken zwecks Indienststellung von Großraumgüterwagen vor. Auch die Reichspost hat Aufträge, namentlich auf dem Schwachstromgebiete, vorbereitet. Es kommt nicht darauf an, ob diese Arbeiten im Augenblick dringend sind. Auf längere Sicht sind sie notwendig und auch rentabel und niemals kann es wichtiger sein, sie für Arbeitsbeschaffungszwecke heranzuziehen, als im Augenblick.

Geradezu trostlos sieht es in der Bauwirtschaft aus, obwohl mindestens an Kleinwohnungen ein großer Mangel ist. Die Vernachlässigung von Reparaturarbeiten, deren Durchführung vielen Arbeitern Beschäftigung geben würde, kostet viel mehr, als durch die Unterlassung der Arbeiten erspart wird. Es liegen verschiedene Vorschläge für die Finanzierung solcher Arbeitsmöglichkeiten vor und es muß dringend gefordert werden, daß hier etwas Durchgreifendes bald geschieht.

Alle diese Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung auf dem Gebiete der Erwerbs- und Verkehrswirtschaft und im Rahmen des üblichen Kreditverkehrs bedeuten jedoch noch nicht sehr viel, gemessen an den 6 Millionen, die nach Arbeit schreien. Sie müssen ergänzt werden durch die schleunige Inangriffnahme solcher Arbeiten, die nur volkswirtschaftlich aber nicht betriebswirtschaftlich rentabel sind, und für die deshalb die Initiative nur von der öffentlichen Hand ausgehen kann. Dazu gehören vornehmlich die Verbesserung und der Bau von Straßen und Verkehrsbrücken. In früheren Zeiten war es hauptsächlich der Bau von Eisenbahnen, der Konjunkturen anfauchte. Die moderne Verkehrstechnik weist der Straße die Bedeutung zu, die früher den Schienen zukam, so daß sich ganz von selbst für eine aktive Konjunkturpolitik der Blick auf diesen Punkt lenken muß.

Jahr für Jahr werden ungezählte Millionen Werte durch Hochwasser vernichtet. Reich und Länder müssen hierfür als Entschädigung große Summen vergüten. Die Errichtung von Talsperren und Staudämmen wäre sicher für die Volkswirtschaft ein hochrentables Geschäft und für den Augenblick ein ausgezeichnetes Mittel der Arbeitsbeschaffung.

Das eigentliche Problem der öffentlichen Arbeiten ist natürlich das der Finanzierung. Ist die öffentliche Hand nicht heute schon in einer so verzweifelten Finanzlage, daß selbst die normalen Aufträge nicht vergeben werden können? Das ist sicher richtig. Dabei ist es keineswegs so, daß etwa die öffentliche Hand stark überschuldet wäre. Die öffentlichen Schulden sind im Gegenteil — eine Folge der Abwertung durch die Inflation — heute noch geringer als in der Vorkriegszeit. Nur die Unmöglichkeit, irgendwo in der Welt, selbst bei ausreichender Sicherung durch vorhandene Sachwerte, langfristige Kredite zu bekommen, macht das Finanzierungsproblem so schwierig.

Schwierig heißt aber nicht unlösbar. Wenn nicht anders, wird man durch ganz neue Wege der Kreditpolitik zur Mobilisierung der sachlichen Produktionsfaktoren kommen müssen. Vorschläge auch dafür werden zur Zeit in den beteiligten Kreisen diskutiert, und irgendwie muß ein Weg gefunden werden, der aus dem höllischen Kreise der Wechselwirkung von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsschrumpfung herausführt.

Entscheidend ist die Erkenntnis, daß wir nicht länger auf den automatischen Umschwung der Konjunktur warten können, daß die ökonomischen Grundlagen der Existenz nicht nur der Arbeiterklasse, sondern des ganzen Volkes gefährlich bedroht sind, wenn nicht durch eine aktive Konjunkturpolitik mit dem Mittel der Arbeitsbeschaffung in den eingerosteten Wirtschaftsapparat eingegriffen wird.

Der Weltimperialismus am Pazifik

Ostasien oder besser gesagt, die Mandschurei, steht wieder im Brennpunkt der Weltpolitik. Die Mandschurei bildet den Gegenstand eines Streites, an dem das Mächtedreieck Japan—Rußland—China beteiligt ist. Immer wieder entbrennen wegen ihrer Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen. Im Jahre 1904 bildete die Mandschurei den Gegenstand eines Krieges zwischen Rußland und Japan. Grund zu diesem Krieg war der phantastische Aufschwung Japans. Rußland sah in Japan einen unerwünschten Konkurrenten in Ostasien und trat eben wegen dieser Konkurrenz mit ihm in den Kriegszustand. Der Krieg endete mit dem unerwarteten Siege Japans. Der Friede zu Plymouth brachte Japan mit einemmal die Weltmachtstellung. Außer dieser Prestigerweiterung wurde Rußland zur Abtretung von Port Arthur, Kwantung und dem Südtteil der Insel Sachalin, und vor allen Dingen zum Verzicht auf die Südmandschurei bzw. der ehemals russischen südmandschurischen Eisenbahn gezwungen. Rußland mußte seinen Einfluß auf die Nordmandschurei beschränken. Die Folge dieser japanischen Machterweiterung war natürlich die wirtschaftliche Durchdringung der Südmandschurei. Trotz dieser Expansion suchte aber der japanische Imperialismus ein neues Betätigungsfeld. Ziel und Objekt bildete Korea. Zur Besitznahme dieses schwachen Staates suchte aber Japan Rückendeckung bei den in Ostasien interessierten Mächten England und — Rußland. Mit stillschweigender Duldung derselben erfolgte im Jahre 1910 die Annexion Koreas durch Japan. Das kluge Vorgehen Japans gerade in der koreanischen Frage, das durch Bündnisse mit England 1902 und mit — Rußland 1910 eingeleitet wurde, beweist die Gefährlichkeit des japanischen Imperialismus. Im Jahre 1914 stand Japan als unbestrittene Weltmacht am Pazifik. Mit Ausbruch des Weltkrieges trat Japan der Entente bei, hoffte es doch bei einem Sieg derselben auf Kosten Deutschlands eine Machterweiterung in Ostasien und in der Südsee zu erzielen. Der Friedensvertrag von Versailles zwang Deutschland zur Abtretung seiner in Ostasien und nördlich vom Äquator gelegenen Südseebesitzungen an Japan. Die südlich vom Äquator gelegenen deutschen Südseeinseln gingen an England verloren. Deutschland wurde als Pazifikmacht ausgelitt. Japan hatte es durch kluge Auspielung der Weltmächte gegeneinander meisterhaft verstanden, seine Stellung als Weltmacht zu erweitern und zu festigen. Die mit eigenen Sorgen kämpfenden Bundesgenossen veranlaßten Japan zur blitzschnellen Aktion. Geschichte die russische Revolution auszunutzen, besetzte es 1921 kurzerhand die gesamte Mandschurei und große Teile von Ostibirien. Aber diese Expansion, selbst auf Kosten von Rußland und China, war den angelsächsischen Weltmächten zu viel und bedrohte obendrein ihre eigenen ostasiatischen Interessen. Das Prestige Englands und der USA. war bedroht und ihr ebenfalls in Ostasien tätiger Imperialismus zwang zu Gegenmaßnahmen. Eine sehr scharf gehaltene Intervention beider Mächte zwang Japan zur Räumung der im Gegensatz zum internationalen Völkerrecht besetzten Gebiete. Ja, Amerika und England gingen noch weiter. 1922 auf der Washingtoner Konferenz erzwangen sie von Japan die Räumung des ehemaligen deutschen Pachtgebietes Kiautschou und Zurückgabe desselben an seinen ursprünglichen Besitzer China. Das Prestige Japans hatte in Ostasien einen starken Stoß erlitten. Es trachtete naturgemäß danach, diese Schlappe wieder auszugleichen. Wer Japans stille aber zielbewußte Politik in Asien verfolgt, hat den Beweis dafür, daß es nichts aufgibt, sondern höchstens aufschiebt.

Dieser Zeitpunkt war für Japan im Herbst des vergangenen Jahres gekommen. Es hat ihn richtig zu nutzen verstanden. Die Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa und Amerika, der immer weiter wütende Bürgerkrieg in China und die wirtschaftliche Aufbaubarbeit Rußlands, bestärken Japan darin, seine Ostasienpolitik aufs neue zu aktivieren. Der Mord an einem japanischen Offizier, der anscheinend von Chinesen umgebracht wurde, mußte herhalten, um eine neue japanische Militärintervention in China zu begründen. Diese Invasion konnte sich naturgemäß nur gegen die Mandschurei richten, wo Japan gewaltige Wirtschaftsinteressen besitzt. Wieder wie im Jahre 1910, bei der Annexion von Korea, sicherte es sich durch einen 1925 abgeschlossenen Freundschaftsvertrag mit Rußland den Rücken. Man geht vielleicht nicht fehl in der Annahme, daß beide Staaten wegen der Mandschurei ein Geheimabkommen getroffen haben, welches Japan volle Handlungsfreiheit in seinem Einflußgebiet läßt. Japanische Truppen überschritten an einer Stelle nördlich des Nonnibrückenkopfes sogar die ostchinesische Eisenbahn, die russisches Eigentum ist. Sie beschränkten sich aber auf diese strategische Stellung und stellten ihren Vormarsch nach Norden ein. Die Hauptaktionen der japanischen Okkupationsarmee richteten sich jetzt gegen Südwesten, auf die große chinesische Mauer zu. Die chinesischen Truppen, oder wie sie die Japaner zu benennen

pflügen „die Räuberbanden“, ziehen sich vor den technisch weit überlegenen Japanern hinter die große chinesische Mauer zurück. Sämtliche japanischen Küstenkonzessionen in China erhalten fortlaufend militärische Verstärkungen aus dem Mutterlande. Kriegsschiffe liegen in allen chinesischen Häfen bereit zu Provokationen gegen China. Bombenflugzeuge der Japaner belegen unbefestigte Städte und die zurückweichenden chinesischen Truppen mit Bomben. Wieviel sich die Offensivbewegungen der japanischen Okkupationsarmee noch nach Südwesten ausdehnen werden, wird die Zukunft ja lehren. Diese Provokationen Japans erfolgen ohne jede Kriegserklärung an China. Japan hat sich eines Rechtsbruches schuldig gemacht wie er wohl selten unter Kulturvölkern vorkommen dürfte. Vielleicht gelingt es, die Mandschurei von China zu lösen, und unter japanische Herrschaft zu bringen. Neuerdings tauchen Gerüchte auf, welche auf die baldige Ausrufung einer „selbständigen“ mandschurischen Republik hinweisen.

Das Vorgehen Japans bedeutet eine offenkundige Nichtachtung des Kelloggpaktes und des internationalen Völkerrechtes. Japan hat keinerlei Recht, unter Bruch der Verträge in fremdes Hoheitsgebiet einzudringen. Dem Völkerbund gegenüber beruft sich Japan immer wieder auf das Gesetzmäßige seiner Handlungsweise, nämlich, die japanische Armee sei zum Schutze des japanischen Eigentums in die Mandschurei eingerückt und kämpfe nicht gegen reguläre chinesische Truppen, sondern gegen irreguläre Räuberbanden. Vom Völkerbundsrat ernannte militärische Beobachter werden Gelegenheit haben, diese japanische Behauptung nachzuprüfen. Überhaupt, das Verhalten des Völkerbundes in diesem Konflikt ist geradezu beschämend für die Friedensbestrebungen der Kulturvölker. Gerade der Völkerbund dürfte nichts unversucht lassen, diesen Konflikt auf der Basis des gleichen Rechtes für alle zu lösen. Auf der Ratstagung in Genf sowie der außerordentlichen in Paris, wurde dem japanischen Standpunkt mehr als dem chinesischen Rechnung getragen. Diese Parteinahme für eine Großmacht auf Kosten einer schwächeren Macht kann den Völkerbundgedanken nur moralisch schädigen. Der Völkerbundsrat muß hier nachträglich eine Entscheidung zur Ausführung bringen, die dem einfachsten Gerechtigkeitsgefühl Rechnung trägt.

Wenn Japan durch innere ökonomische Probleme gezwungen wird, unbedingt Expansionspolitik zu treiben, so bleibt ihm immer noch der Verständigungsweg, um mit China ein für beide Staaten befriedigendes Abkommen zu treffen, das den Frieden als Grundlage künftiger Zusammenarbeit dokumentiert. Die rücksichtslose imperialistische Politik Japans in Ostasien wird im Falle einer Erstarkung Chinas böse Folgen zeitigen. Militärischen Widerstand kann China zur Zeit kaum leisten. Es ist durch den dauernden Bürgerkrieg geschwächt. Sein Widerstand kann nur wirtschaftlicher Art sein. Er besteht in einem Boykott der japanischen Einfuhrwaren in China. Diese Boykottbewegung gegen Japans Einfuhr hat sich schon des öfteren als gute Waffe erwiesen. Die Bewegung wurde von chinesischen Studenten organisiert und geleitet. Die Verhältnisse können sich aber schon nach mehreren Jahren grundlegend ändern. Die Gelegenheit für eine Verständigung wird dann vielleicht vorbei sein.

Der Europäer ahnt ja meistens nicht, wie abgrundtief der Haß zwischen Asiaten sein kann. Er sieht nur immer das lächelnde Asien und nicht was hinter dem Lächeln verborgen ist. Nur wer längere Zeit in Asien gewohnt hat, kann die Psychologie der Eingeborenen beurteilen. Sie läßt nichts Gutes für die Zukunft erhoffen. Beide Länder stehen den internationalen Verträgen und dem Völkerrecht im Grunde ihres Herzens ablehnend gegenüber. Ein ohne Pardon geführter Krieg wird das Resultat sein. Soll das alles trotz internationaler Kriegsächtung wieder wie im Jahre 1914 in Flammen aufgehen? Hat nicht die Kulturwelt ein Recht, sich solche Nichtachtung von Verträgen zu verbitten? Zwischen Japan und China wird zweifellos in der Zukunft ein Krieg um die Hegemonie in Asien unvermeidlich sein; und es wird höchst zweifelhaft sein, wer aus ihm als Sieger hervortritt. Wird es Japan noch einmal, gestützt auf seine technische Überlegenheit und vortreffliche Disziplin gelingen, die ungeheuren Menschenmassen Chinas, die fast unerschöpflich sind, abzuwehren? Oder tritt das Gegenteil ein? Der Ausgang dieser Machtausensetzung hängt nicht zuletzt von der imperialistischen Machtgruppierung am Pazifik ab.

In wirtschaftlich wieder normalen Zeiten werden sicher die in Ostasien interessierten Weltmächte gegen Japans Expansionspolitik Stellung nehmen. Denn England, Amerika und das bis dahin wirtschaftlich sicher erstarkte Rußland, können es aus ebenfalls imperialistischen Motiven nicht ruhig mit ansehen, wie Japan seine wirtschaftlichen und politischen Positionen in China erweitert und verstärkt. Die Weltmächte, die am Pazifik interessiert sind, trachten ja selbst nach der Hegemonie in Ostasien. Am politischen Horizont zeichnet sich schon heute eine gewaltige Machtausensetzung ab, die furchtbare Fol-

gen für den Erdball zeitigen kann. England, Amerika, Rußland und Japan werden wegen ihrer imperialistischen Politik in China zusammenstoßen.

Der Imperialismus wird wieder wie im Weltkrieg zahllose Opfer fordern. Wieder werden die „nationalen Belange“, wie man dann so schön sagt, gewahrt werden müssen. Hat die Welt aus dem vergangenen Krieg, der so viel Unglück über die Erde brachte, noch nicht die einzige Lehre gezogen, daß künftige Kriege einer immer höher strebenden Menschheit unwürdig sind. Die immer wieder periodisch auftretenden Kriegerscheinungen sind nicht geeignet, die Massen von der Notwendigkeit eines dauernden Völkerfriedens zu überzeugen. Überall auf dem Erdball trachten die Großmächte danach, sich auf Kosten der schwächeren Vorteile zu verschaffen.

Kapitalismus und Imperialismus sind Machtinstrumente der heutigen Gesellschaftsordnung. Beide sind untrennbar verbunden. Der Sozialismus wird den Kapitalismus und damit den Imperialismus überwinden müssen, um das Ziel des dauernden Weltfriedens zu erreichen. H. Kaselow

Löhne, Lebenshaltungskosten und Existenzminimum

Das Internationale Arbeitsamt hat soeben die Ergebnisse einer vor zwei Jahren begonnenen Erhebung über Lohn- und Lebenshaltungskosten in 14 europäischen Städten im Vergleich zur Kaufkraft der Fordlöhne in Detroit veröffentlicht. Die Ergebnisse sind in mehr als einer Hinsicht interessant. Schon die Tatsache, daß der deutsche Unternehmervertreter in Genf die Zurückziehung der bereits der Öffentlichkeit übergebenen englischen Ausgaben dieser Erhebung durchsetzen konnte, läßt erkennen, daß die Ergebnisse der Erhebung mindestens den europäischen Unternehmern nicht passen. Zum Verständnis der Erhebung und ihrer Schlußfolgerung ist es notwendig, einiges über ihren Ursprung zu sagen. Henry Ford beabsichtigte vor mehreren Jahren die Errichtung von Zweigfabriken in 14 europäischen Ländern. Er wollte zu diesem Zweck wissen, welche Löhne er in den einzelnen europäischen Ländern bezahlen muß, um dem Arbeiter die gleiche Lebenshaltung zu gewährleisten wie sie einem Fordarbeiter in Detroit möglich ist. Er wandte sich zu diesem Zweck an den amerikanischen Century Fund, der sich seinerseits an das Internationale Arbeitsamt in Genf wandte und dem Amt auch die erforderlichen Mittel zur Durchführung der Erhebung zur Verfügung stellte. Diese Erhebung wurde vom IAA. trotz Widerstand der Unternehmer durchgeführt.

Das Internationale Arbeitsamt hat in Anbetracht der Fragestellung die Untersuchung im wesentlichen auf einen Vergleich der Lebenshaltungskosten in den verschiedenen Städten (Berlin, Frankfurt a. M., Kopenhagen, Stockholm, Helsingfors, Paris, Marseille, Antwerpen, Rotterdam, Manchester, Cork (Irland), Warschau, Barcelona, Konstantinopel) mit denen in Detroit abgestellt. Die Erhebung geht von dem durchschnittlichen Verbrauch einer 4- bis 5köpfigen Arbeiterfamilie aus unter Zugrundelegung des durchschnittlichen Einkommens eines Fordarbeiters. Vergleicht man unter den genannten Voraussetzungen, welchen Anteil seines Lohnes der Arbeiter in Detroit und in Berlin für Nahrungsmittel, Kleidung, Miete, Heizung, Licht und Sonstiges aufwenden muß, so ergeben sich folgende Zahlen:

	Detroit	Berlin
Nahrungsmittel	32,3 Proz.	47,9 Proz.
Kleidung	12,2 Proz.	14,6 Proz.
Miete, Heizung, Licht	28,6 Proz.	16,9 Proz.
Sonstiges	26,9 Proz.	20,6 Proz.

Demnach hat der deutsche Arbeiter einen wesentlich höheren Teil seines Einkommens für Nahrungsmittel aufzuwenden als der Amerikaner. Wenn man noch berücksichtigt, daß unter Sonstiges beim deutschen Arbeiter Steuern und Sozialversicherungsbeiträge enthalten sind, so ergibt sich, daß der amerikanische Arbeiter einen wesentlich höheren Teil seines Einkommens zur freien Verfügung hat als der deutsche.

Interessant ist auch die Berechnung der Aufwendungen für 29 verschiedene wichtige Lebensmittel unter Zugrundelegung des Normalbedarfs einer 4-5köpfigen Arbeiterfamilie. Bei einem Lohnanteil von 32,3 Proz., der auf die Nahrungsmittel für eine Detroit Arbeiterfamilie entfällt, beläuft sich der jährliche Aufwand hierfür auf 1655 RM. Dieselbe Menge Lebensmittel würde in Berlin 1185 RM. und in Frankfurt a. M. 1318 RM. jährlich kosten. Da jedoch der deutsche Arbeiter nicht 32,3 Proz., sondern 47,5 Proz. seines Einkommens für Nahrungsmittel aufzuwenden muß, erhöhen sich diese Beträge entsprechend und zwar für Berlin auf 1637 RM. und für Frankfurt a. M. auf 1860 RM. Aus dieser Tatsache läßt sich eine sehr wichtige Schlußfolgerung ziehen, nämlich die, daß sich der deutsche Arbeiter die in der Forderung zugrunde gelegte Lebenshaltung gar nicht leisten kann, da ihm die vorstehend genannten Summen für Lebensmittel gar nicht zur Verfügung stehen.

VERBAND UND BERUF

Bekanntmachung

Die Firma **Wiedemann, Druckerei-AG., Saalfeld a. d. S.** kündigte mehreren jungen Gehilfen und bot ihnen den tariflichen Mindestlohn für Ausgelernte, obwohl diese Gehilfen schon 20 und 21 Jahre alt waren. Diese Gehilfen haben es abgelehnt, zu dem tariflichen Mindestlohn zu arbeiten. Auf Anzeige wurde ihnen die staatliche Unterstützung gesperrt.

Ferner bot diese Firma einem arbeitslosen Steindruckerkollegen, der nach seinem bisherigen Lohn mit dem tariflichen Lohnabzug 50 RM. verlangen konnte, 40 RM. Diesem Kollegen wurde auf erfolgte Anzeige hin die Wohlfahrtsunterstützung entzogen.

Der Verbandsvorstand.

Es kommt auf jeden an!

Für einen klassenbewußten Arbeiter bedeutet es eine Selbstverständlichkeit, einer freien Gewerkschaft anzugehören. Er weiß, daß er nur so die Möglichkeit hat, sich gegen die brutalen Ausbeutungsmethoden des kapitalistischen Unternehmers zu schützen, denen er als Unorganisierter wehrlos preisgegeben wäre. Leider aber ist diese Erkenntnis auch heute noch nicht Gemeingut aller Schaffenden. Es gibt immer noch viele Arbeitnehmer, die sich allen Werbeversuchen der Verbandsfunktionäre gegenüber ablehnend verhalten und nicht einsehen wollen, daß nur restloser Zusammenschluß aller Werktätigen die Sache des Proletariats fördern kann.

„Auf mich kommt es nicht an“, hört man da oft von solchen Lauen und Gleichgültigen. Mit solch billigen, nichtssagenden Worten wollen sie sich von der Mitgliedschaft zur Gewerkschaft drücken. Da sie sachliche Begründungen ihrer Ablehnung nicht beibringen können, greifen sie zu einer leeren Phrase. Dieses „Auf mich kommt es nicht an“ ist ihr letztes Bollwerk, hinter das sie sich verschanzen wenn es gilt, Farbe zu bekennen; wenn es gilt, einige Mark im Monat einer Sache zu opfern, die sie unterstützen für sie Ehrenpflicht sein müßte.

Solche Auchkollegen, die bar jeglichen Klassenbewußtseins und Solidaritätsgefühls, immer wieder den Hemmschuh der fortschrittlich gesinnten Arbeiterbewegung bilden, sollten sich in dieser Beziehung einmal ein leuchtendes Beispiel an ihren Feinden, den Kapitalisten in Handel, Industrie und Bankkreisen nehmen! Diese Leute haben den Wert und die Macht der Konzentration, des Zusammenschlusses zwecks gemeinsamer Verteidigung ihrer Interessen längst erkannt und — danach gehandelt. Sie wissen, wiewenig der einzelne heute im Wirtschaftsleben der Gegenwart, das von Trusts und Konzernen beherrscht wird, zu bestellen hat. Sie wissen, daß der Alleinlebende eine Null, ein Nichts ist, schutzlos preisgegeben den wirtschaftlichen Stürmen unserer Zeit, und haben sich aus dieser Erkenntnis heraus zu mächtigen Organisationen und Interessengemeinschaften vereinigt.

Diese Tatsache sollte alle Unorganisierten in den Betrieben aufrütteln aus ihrem Dornröschenschlaf. Sie sollte ihnen Veranlassung sein, einmal darüber nachzudenken, ob es ihnen wirtschaftlich wirklich so gut geht, daß sie sich weiterhin den Luxus der Gleichgültigkeit gewerkschaftlichen Aktionen gegenüber leisten können oder ob es nicht höchste Zeit für sie wäre, sich einzureihen in das Heer der Kämpfer, die unter dem Banner des Sozialismus für eine bessere Zukunft des schaffenden Volkes streiten. Jene Indifferenten, jene unorganisierten Schrittmacher kapitalistischer Interessen sollten sich einmal freil machen von allen falschen Illusionen, die sie immer noch an das gute Herz des Unternehmers glauben lassen, das sie als „langjährige, treue Mitarbeiter“ vor der Gefahr des Abbaues oder sonstigen Mißbeliglichkeiten im Berufe bewahrt.

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, möchte man diesen gutgläubigen und vertrauensseligen Kollegen zurufen in bezug auf die Unternehmer, auf die Wirtschaftsgewaltigen der Gegenwart. Über 6 Millionen Erwerbslose allein in Deutschland, das sind die Früchte der Katastrophpolitik unserer „lieben Brotherren!“ Rücksichtslos und brutal auf die Straße geworfen, dem Elend, der Verzweiflung ausgeliefert, wurde der schaffende, von seiner Hände Arbeit lebende Mensch in dem Augenblick, wo man seiner nicht mehr bedurfte. Das ist das „gute Herz“ des Unternehmers, das ist der Dank für „langjährige, treue Pflichterfüllung!“ Ist es da nicht Pflicht

jedes im Erwerbsleben Stehenden, gegen solche Zustände Front zu machen, ein Wirtschaftssystem zu bekämpfen, das seine Daseinsberechtigung längst verwirkt hat? Darf da noch einer abseits stehen und durch Fernbleiben von der Organisation seinen kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen? Nein, da gibt es nur eines: die Reihen zu schließen, Solidarität zu üben und mit allen Kräften sich für die Befreiung und den Aufstieg der Arbeiterklasse einzusetzen. Denn Einigkeit ist die erste Voraussetzung für den Sieg!

Und so müssen wir Gewerkschafter immer und immer wieder an die Unorganisierten herantreten und ihnen klarmachen, daß es auf jeden ankommt. Wir müssen ihnen das Verderbliche und Verwerfliche ihrer Interesslosigkeit am Kampf des schaffenden Volkes um bessere Daseinsbedingungen vor Augen halten und sie aufrufen über die verärrerte Rolle, die sie spielen, um sich bei ihrem Arbeitgeber „lieb Kind“ zu machen.

Das wird so manchen dazu bringen, dem Verband ganz zu dienen, das wird manchen Veranlassung geben, sich darüber klar zu werden, daß es auch auf ihn ankommt. Wer es aber nicht einsehen will, wer trotzdem der Organisation fernbleibt und durch keinerlei sachliche Aufklärung dort hin zu bringen ist, wohin er als Arbeitnehmer gehört, — in die freie Gewerkschaft — auf den kommt es dann wirklich nicht an! Die Gewerkschaft hat dann die Konsequenzen zu ziehen und wird sie ziehen. S.

„Organisierung der Arbeitnehmer ein großer Fortschritt“

Die Macht der Organisationen im Wirtschaftsleben ist größer als gemeinhin von der großen Masse angenommen wird. Wir stecken in Deutschland in der Organisationswirtschaft ziemlich tief drin. Wären die Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht organisiert, so würde an dem Charakter der gebundenen Wirtschaft nichts geändert. Aber die Lohn- und Gehaltsempfänger ständen vollständig schutzlos den doppelt und dreifach gewapneten Gegnern gegenüber. Wir würden es begrüßen, wenn jeder Arbeitnehmer von dem Vorteil der Organisation so überzeugt wäre als ein bürgerliches Blatt, die „Frankfurter Zeitung“ in ihrem letzten Wirtschaftsheft „Nachkriegs-Kapitalismus“:

„Wenn heute von den dreißig Millionen Erwerbstätigen in Deutschland rund 7¼ Millionen in den freien Gewerkschaften, den christlichen Gewerkschaften und dem Gewerkschaftsring organisiert sind, davon allein 5¼ Millionen in den freien Gewerkschaften und davon wieder fast eine Million im Deutschen Metallarbeiter-Verband, so ist eine solche Organisierung der Arbeitnehmer, denen auch eine Organisierung der Arbeitgeber in den Arbeitgeberverbänden gegenübersteht, unter den verschiedensten Gesichtspunkten auch rein wirtschaftlich als ein großer Fortschritt anzusehen. Wenn diese Gewerkschaften in freier Vereinbarung mit den Arbeitgebern Tarifvereinbarungen treffen, so bedeutet eine solche Ausdehnung des Preises der Arbeitsleistung eine gesamtwirtschaftliche Rationalisierungsmaßnahme. Sie bedeutet zwar für den einzelnen unter Umständen eine bessere Orientierung über die Bedingungen des Arbeitsmarktes und schützt ihn so gegen die Möglichkeiten einer Übervorteilung im Einzelfalle. Aber sie bedeutet nicht etwa eine künstliche Heraushebung des gesamten Lohnniveaus. Denn dieses Niveau bestimmt sich natürlich nach der Gesamtnachfrage nach Arbeitskräften im Verhältnis zur Knappheit des Arbeiterangebots und im letzten Grunde nach der Produktivität der Arbeit. Wenn solche Tarifabreden heute vielfach als Symbol einer Schablonisierung der Entlohnungsmethoden oder einer Überhöhung des Lohnniveaus angesehen werden, so ist daran nicht eine Monopolmacht der Gewerkschaften schuld.“

Die Entwicklung der englischen Tapetenindustrie

Die englische Regierung hat im Jahre 1930 eine Erhebung über die Tapetenindustrie des Landes veranstaltet, deren Ergebnisse jetzt bekannt gemacht werden. Die letzte derartige Erhebung fand im Jahre 1924 statt. Ein Vergleich der beiden Erhebungen ergibt ein treffendes Bild von der Entwicklung der englischen Tapetenindustrie in den letzten Jahren.

Die Zahl der englischen Tapetenfabriken beträgt derzeit 30. Von der Erhebung werden allerdings nur diejenigen Fabriken erfaßt, welche mehr als 10 Arbeitskräfte beschäftigen, doch ist der Umfang dieser kleineren Betriebe mit weniger als 10 Arbeitnehmern derart unbedeutend, daß ihre

Produktion nur 1 Proz. des Gesamtwertes ausmacht.

Während die Gesamterzeugung der englischen Tapetenfabriken im Jahre 1924 802 000 cwts. im Werte von 2 815 000 Pfd. St. betrug, stieg sie im Jahre 1930 auf 938 000 cwts. im Werte von 3 123 000 Pfd. St. Der Wertzuwachs der Produktion beträgt also etwa 17 Proz.

Die Verkaufspreise der englischen Tapetenfabriken haben sich von 1924 bis 1930 nur wenig gesenkt. Im Jahre 1924 betrug der Durchschnittserlös 3,5 Pfd. St. je cwts., im Jahre 1930 sank der Erlös auf 3,5 Pfd. St. Das bedeutet einen Erlösrückgang um 5,7 Proz.

Der englische Außenhandel in Tapeten weist bezüglich der Ausfuhr so gut wie gar keine Veränderung auf. Im Jahre 1924 erreichte die Ausfuhr 129 000 cwts., 1930 dagegen nur noch 128 000 cwts. Im Gegensatz zur Ausfuhr ist die Einfuhr von Tapeten von 70 000 cwts. 1924 auf 123 000 cwts. 1930 gestiegen, woran die deutsche Produktion erheblichen Anteil hat. Der Anteil der einheimischen Erzeugung am englischen Markt ging seit 1924 von 90,7 auf 86,8 Proz. zurück.

Die Zahl der in der englischen Tapetenindustrie beschäftigten Arbeitnehmer ist von 4562 im Jahre 1924 auf 5757 im Jahre 1930 gestiegen. Während sich die Arbeitnehmer 1924 aus 3472 männlichen und 1090 weiblichen Arbeitskräften rekrutierten, stieg die Zahl der weiblichen Arbeitnehmer 1930 auf 1787, die der männlichen nur auf 3970. Die Frauenarbeit hat also stärkere Fortschritte gemacht. Nach den Veröffentlichungen des Arbeitsministeriums wurde übrigens die Zahl der in der Tapetenindustrie beschäftigten Arbeitnehmer im Juli 1931 bereits auf 6500 geschätzt. Hiervon sind Ende 1931 10,5 Proz. als arbeitslos gemeldet, gegen 6,0 Proz. Ende 1930.

Die Gesteigungskosten der Erzeugung haben sich von 1274 000 Pfd. St. 1924 auf 1385 000 Pfund Sterling 1930 erhöht. Der erzielte Betriebsgewinn ist von 1559 000 auf 1740 000 Pfd. St. gestiegen.

Die Kapazität der Kraftanlagen in den englischen Tapetenfabriken ist von 2402 PS 1924 auf 3210 PS 1930 gestiegen.

Hannover hält Rück- und Ausblick

Nach dem Kassenbericht des Kollegen Köhler ließ Kollege E. Wels die wirtschaftspolitischen Geschehnisse des vergangenen Jahres in seinem Bericht, den er in der Generalversammlung am 22. 1. 32 gab, vorbeiziehen.

Tarifverhandlungen in allen Sparten, Lohnabzüge, Notverordnungen, tarifliche Auseinandersetzungen am Ort und überall und die notwendigen Folgerungen spielen eine besondere Rolle im Jahre 1931.

Auch der Verbandstag in Erfurt tagte entsprechend den kritischen Verhältnissen. Wir weinen diesem Jahre keine Träne nach und rechnen mit der Zukunft.

Die Gewerkschaften stehen im Brennpunkt der Geschehnisse — jede Kritik der Tatsachen in kameradschaftlichem Geist ist ein Schritt vorwärts.

Anschließend berichtet Kollege Pfeil über die Tätigkeit der Lehrlingskommission und Kollege Giesecke von der „Teko“.

In der Aussprache wurde die Schuldfrage behandelt und die Streikmöglichkeiten empfohlen unter dem Motto Selbsthilfe. Andererseits auch wieder vor demagogischen Parolen gewarnt, solange vor allen Dingen die Unterstützungsfrage für viele Kollegen gleich im Vordergrund steht. Besonders bedauert wurde die Zweispaltigkeit der Arbeiterschaft.

Alle Redner forderten unter Zustimmung der Versammlung Schluß mit dem Lohnabzug und Verkürzung der Arbeitszeit zugunsten der Arbeitslosen.

Kollege Wels ging in seinem Schlußwort auf alle Ausführungen betrachtend ein und erinnert abschließend an das in diesem Jahre mehr denn je notwendige, einheitliche Zusammenhalten in bewährter und weiterer Solidarität.

Der Vorstand wurde durch Abstimmung wieder gewählt.

Kollege Wels dankte für das Vertrauen und für die Mitarbeit aller sonstigen Funktionäre und spricht die besten Wünsche zum neuen Geschäftsjahre aus.

In die Lehrlingskommission wurde neu gewählt Kollege Heinrich Koch. Desgleichen für die Revision Kollege W. Heine und August Ernst. Dann folgte die notwendige Beitragsregelung. Nach längerer Aussprache wurde der Antrag der Vertrauensmännersitzung angenommen, wie auf dem Wochenzettel vorgetragen war.

Anschließend folgten mehrere Berichte und Erklärungen unter Verschiedenem.

Inhaltsverzeichnis der „Graphischen Presse“

Trotz der Not der Zeit ist auch dieses Jahr ein Inhaltsverzeichnis der „Graphischen Presse“, Jahrgang 44 von 1931 angefertigt worden und soll den Kollegen kostenlos zugänglich gemacht werden, die ein besonderes Interesse dafür bekunden. Die Kollegen, die ein solches Inhaltsverzeichnis haben möchten, werden deshalb ersucht, bis spätestens 29. Februar 1932 ihren Anspruch beim Kollegen Conrad Müller, Schkeuditz bei Leipzig, Augustastraße 8 geltend zu machen. Später eingehende Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden, da aus Ersparnisgründen nur soviel Exemplare vom Inhaltsverzeichnis der „Graphischen Presse“ gedruckt werden, als bis zum 29. Februar bestellt worden sind.

Rundschau

Der Technik Fluch oder Segen?

Je mehr die Arbeitslosigkeit sich ausbreitet, je mehr beginnen sich die Menschen Gedanken darüber zu machen, ob die Technik ein Fluch oder ein Segen für die Menschheit sei. Die Maschine, die viele Arbeiter brotlos macht und sie vielleicht für immer aus dem Produktionsprozess ausschaltet, kann trotz ihrer vorzüglichen Eigenschaften zum Gegenstand des Hasses werden. Doch sollten wir uns über all diese Dinge ein objektives Urteil bewahren. Es genügt nur der Technik Segen allen zu Teil werden zu lassen. Der bekannte Techniker Exzellenz Dr.-Ing. Oscar von Millier deutete in seiner Rede, mit der er das Wintersemester im Haus der Technik in Essen eröffnete, an, wie die Technik allgemein wieder zur Wohltäterin der Menschheit werden könnte. Wir veröffentlichen daraus folgende bemerkenswerte Stelle:

„Trotz all ihrer Wohltaten für die Menschheit wurde die Technik immer angefeindet. Sie hat nämlich die Eigenschaft, daß sie Menschenarbeit entbehrlieh macht. Schon die ersten Spinnmaschinen versuchte man deshalb zu zerschlagen; das war ebenso unsinnig, als wollte man den Apfelbaum abhauen, weil er die Früchte mit weniger Arbeit liefert, als ein Kartoffelacker. Jetzt sind wir wieder in einer Periode, in der die Menschen Angst vor der Technik haben. Aber die Technik ist gewiß nicht schuld an den jetzigen Verhältnissen. Schuld ist vielmehr, daß die Menschen den Fortschritten der Technik auf anderen Gebieten nicht schnell genug folgen konnten, wie z. B. mit ihren sozialen Anschauungen und ihrer finanz-

wirtschaftlichen Organisation. Die Technik lehrte zwar Werte zu schaffen, aber niemand lehrte den Menschen sie richtig zu verteilen. Was man Überproduktion nennt, besteht darin, daß die Technik mehr leistet als die Menschen momentan gebrauchen können. Eine wirkliche Überproduktion wäre erst dann zu befürchten, wenn einmal alle Menschen gute Nahrung hätten, alle warm und hübsch gekleidet wären, alle eine Wohnung hätten, die ihnen eine Heimat wäre. Zur Bekämpfung der vorübergehenden Überproduktion genügen nicht die bisherigen Mittel. Es hilft nicht viel, wenn man den Menschen sagt, sie sollen ihre Bedürfnisse einschränken. Den Verbrauch erhöhen und die Menschenarbeit einschränken, das sind die einzigen Möglichkeiten. Davor hat man eine fürchtbare Angst. Die Einschränkung der Menschenarbeit erfolgte ja tatsächlich, aber so planlos, daß man Arbeitswille auf die Straße setzt und ihnen dann Unterstützung zahlt. Ich glaube, man kann die Menschenarbeit viel planmäßiger einschränken. Das wäre kein Unglück. Statt der 10-, 12- und 14stündigen Arbeitszeit sind wir jetzt mit einem kürzeren Arbeitstag gut ausgekommen. Will man die Arbeitszeit nicht einschränken, so kann man sich auch dadurch helfen, daß man die freien Tage vermehrt. Früher war in dem katholischen Süddeutschland alle 14 Tage ein Feiertag, oft fielen mehrere zusammen, das waren glückliche Zeiten!“

Wären diese Gedanken Allgemeingut aller Bevölkerungsschichten, dann brauchten wir uns nicht über die Frage zu streiten, ob die Technik ein Segen oder ein Fluch für die Menschheit ist. Sie wäre dann in der Tat die größte Wohltäterin der Menschheit.

Die große „Funk-Illustrierte“ der freien Arbeiterbewegung

In 6 Jahren ist die Zahl der Funkhörer in Deutschland auf annähernd 4 Millionen angewachsen. Das Wunder des Radio hat also Bedürfnisse geweckt, die vorher nicht bestanden. Zugleich wurde eine neue Industrie geboren. Auch Presseorgane gewaltigen Umfangs entstanden. Die Zahl der Programmzeitschriften des Rundfunks beträgt 120, dazu noch solche technischen Inhalts. Die Auflage dieser Funkzeitschriften ist etwa 3,5 Millionen. Für die Arbeiterschaft versuchte die Zeitschrift „Arbeiterfunk“ bisher eine Lücke auszufüllen. Diese Zeitschrift war zugleich das Organ des Arbeiter-Radiobundes. Jetzt ist eine wichtige Neuerung geplant. Ab 1. März erscheint der „Arbeiterfunk“ im Verlag der Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin. Der Vorwärts-Verlag bringt die Zeitung in gro-

ßem Format der illustrierten Zeitschriften reich bebildert und im Tiefdruck hergestellt, 48 Seiten stark, heraus. Damit rückt der „Arbeiterfunk“ in die erste Reihe aller Funkzeitschriften auf. Trotz erheblicher Erweiterung und Verbesserung tritt eine Preiserhöhung für die Bezieher nicht ein. Die erforderlichen großen Opfer müssen aber durch den verdoppelten Werbeeifer aller Freunde der Arbeiterbewegung ausgefüllt werden. Auch der letzte Rundfunkhörer muß die neue große Funk-Illustrierte abonnieren, sofern er dazu in der Lage ist. Der Rundfunk ist ein Organ der neuen Zeit. Seine Bedeutung ist derjenigen der Zeitungen gleich zu achten. Er ist das vorzüglichste Propagandamittel. Die neue Zeitschrift wird die Interessen der Rundfunkhörer energisch vertreten und um die Ausgestaltung des Rundfunks im Sinne der freien Arbeiterbewegung bemüht sein.

Über eine Viertelmillion neue Versicherungen bei der Volksfürsorge im Jahre 1931

Die Volksfürsorge gibt soeben den Neuzugang von Versicherungen im Vorjahre bekannt. Danach sind insgesamt 271 862 Volksversicherungen (Höchstversicherungssumme bis zu 3000 RM.) mit 108 964 250 RM. Versicherungssumme und 609 452 Reichsmark Monatsprämie neu abgeschlossen worden. In der Groß-Lebensversicherung, die Versicherungen bis zu 10 000 RM. gestattet, beläuft sich der Neuzugang auf 5944 Versicherungen mit 8 780 370 RM. Versicherungssumme.

Dieses gegenüber 1930 um zirka ein Drittel gesunkene Resultat ist immerhin noch als sehr erfreulich zu bezeichnen. Es zeigen sich in diesem Ergebnis aber auch die Auswirkungen der großen Arbeitslosigkeit und der gesunkenen Kaufkraft der Bevölkerung. Sobald die endgültigen Zahlen über das Geschäftsergebnis der Volksfürsorge vorliegen, werden wir ausführlich darüber berichten.

Inhaltsübersicht

Hauptteil: Nun aber Arbeitsbeschaffung! / Der Weltimperialismus am Pazifik. / Löhne, Lebenshaltung und Existenzminimum.

Verband und Beruf: Bekanntmachung. / Es kommt auf jeden an! / Organisation der Arbeitnehmer ein großer Fortschritt. / Die Entwicklung der englischen Tapetenindustrie. / Inhaltsverzeichnis der „Graphischen Presse“. / Hannover hält Rück- und Ausblick.

Rundschau. / Den Toten zum Gedächtnis. / Anzeigen.

Den Toten zum Gedächtnis!

1931.

† Am 19. September in Hamburg Richard Eberley, Steindrucker aus Weimar, 54 J. alt, an Lungenleiden, krank 7 W. — Eingetr. in Bremen am 6. Juni 1920.

† Am 8. Dezember in Braunschweig Berthold Waldow, Lithograph aus Berlin, 63 J. alt, plötzlich an Herzlähmung. — Eingetr. in Berlin am 10. November 1918.

† Am 21. Dezember in Leipzig Wilhelm Reichert, Lithograph aus Himbach (Oberhessen), 64 J. alt, an Darmleiden, krank 10 W. und 4 T. — Eingetr. in Leipzig am 16. Februar 1919.

† Am 25. Dezember in Braunschweig Wilhelm Landes, Formstecher aus Berlin, 66 J. alt, an den Folgen einer Darmoperation, krank 4 W. — Eingetr. in Hildesheim am 25. Januar 1920 (vorher Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband seit 1. Dezember 1918).

† Am 26. Dezember in Berlin Karl Grüneberg, Chemigraph aus Berlin, 67 J. alt, an Arterienverkalkung, Invalide seit 18. März 1931. — Eingetr. in Berlin am 1. Mai 1896.

† Am 28. Dezember in Berlin Eduard Rollwitz, Steindrucker aus Berlin, 75 J. alt, an Herzschwäche, Invalide seit 20. Juni 1920. — Eingetreten in Berlin am 1. Januar 1893.

† Am 29. Dezember in Berlin Willy Magnus, Steindrucker aus Berlin, 45 J. alt, an Lungentuberkulose, Invalide seit 2. November 1931. — Eingetr. in Berlin am 18. April 1905.

† Am 30. Dezember in Gladbach-Rheydt Fritz Pollmann, Chemigraph aus Rheydt, 25 J. alt, freiwillig aus dem Leben geschieden. — Eingetr. in Gladbach-Rheydt am 29. September 1929.

1932.

† Am 3. Januar in Berlin Max Endler, Lithograph aus Berlin, 63 J. alt, an Nierenleiden, krank 1 W. und 2 T. — Eingetr. in Berlin am 18. Januar 1925.

† Am 6. Januar in Berlin Kilian Wolf, Kupferdrucker aus Sugenheim i. Bayern, 56 J. alt, an Magenkrebs, Invalide seit 2. November 1931. — Eingetr. in Berlin am 1. September 1902.

† Am 16. Januar in Nürnberg Johann Pittroff, Steindrucker aus Nürnberg, 45 J. alt, an Gallenleiden, zuletzt 8 W. krank. — Eingetr. in Nürnberg am 24. Januar 1909.

† Am 16. Januar in Frankfurt a. M. Heinrich Müller, Hilfsarbeiter aus Hedderneim, 63 J. alt, an einer Geschwulst im Darm, Invalide seit 19. August 1928. — Eingetr. in Frankfurt a. M. am 1. Januar 1893.

† Am 17. Januar in Waldenburg-Altwasser Franz Mayer, Steindrucker aus Altwasser, 29 J. alt, an Lungentuberkulose, krank 1 J. und 3 M. — Eingetr. in Altwasser am 3. April 1921 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 5. Januar 1919).

† Am 23. Januar in Leipzig Gustav Graul, Steindrucker aus Leipzig-Lindenu, 69 J. alt, an Leberleiden, krank 12 W. und 5 T. — Eingetr. in Leipzig am 9. Dezember 1917.

† Am 24. Januar in Görlitz i. Schl. August Tschiedel, Lithograph aus Küpper Krs. Lauban, 68 J. alt, an Wassersucht, krank 3 W. — Eingetreten in Görlitz i. Schl. am 27. April 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Befügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde, stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalia (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. Der Verbandsvorstand.

Zinkdruckpasten in Ia Lithographie-Qualität
Ia Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P.
Entsäuerungspulver, Schleifkugeln
sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck
Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36 Wiener Straße Nr. 50
Tel. F. 8 Oberbaum 22 80

Achtung!
Heidenheim
a. d. Brenz
ist wieder eine selbständige Mitgliedschaft.
Vorsitzender und Auskunftsleiter:
Konrad Köhle, Augustenstraße 2.
Kassierer und Auskunftsleiter:
Georg Bodenmüller, Felsenstraße 55.

Neu erschienen!
Farbenlehre für das Steindruckgewerbe
Eine berufskundl Grundlage für Schule und Praxis. Verlag: Verband der Lithogr., u. Steindr. Preis 2,50 ausschl. Porto. Durch
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.